



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Kormoranverordnung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf den Erlass einer Kormoranverordnung zu verzichten.

Begründung:

Der Abschuss und die Vergrämung von Arten, die nach der EU-Vogelschutzrichtlinie und dem Bundesnaturschutzgesetz als „besonders geschützte Art“ gelten, ist nach Bundesnaturschutzgesetz nur möglich wenn

- erhebliche wirtschaftliche Schäden nachgewiesen wurden oder
- andere besonders geschützte Arten nachweislich gefährdet sind (§43 Abs. 8 Satz 1 BNatSchG),

und wenn der Bestand und die Verbreitung der Art dadurch nicht nachteilig beeinflusst wird (Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie - 92/43/EWG) .

Obwohl der Kormoran zu den am besten untersuchten Arten überhaupt gehört, stellt selbst das MLUR in seiner Begründung des neuen Verordnungsentwurfes fest, dass diese Gründe nicht erfüllt sind: So heißt es dort: „Fischereiwirtschaftliche Schäden (wurden) bislang nicht im Einzelnen belegt“, und eine „großflächige Gefährdung anderer besonders geschützter heimischer Tierarten durch Kormorane ist bislang nicht belegt.“

Die jährlichen Berichte, die jeweils im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vorgelegt werden, berichten sogar seit Jahren von ei-

nem Abnehmen der Population. Entscheidend dafür sind vor allem die zunehmenden Seeadlerbestände. Gerade für junge Seeadler bieten die wenigen konzentrierten Kormoranbrutkolonien eine gern aufgesuchte Nahrungsquelle. In der Folge ist die Zahl der Brutpaare in Schleswig-Holstein in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich zurückgegangen.

Den größten Rückgang der Zahl der Brutpaare ist in den für potentielle Schäden allein relevanten Binnenlandkolonien festgestellt. Seit 1995 hat dort die Population von über 1200 Paaren auf rund 700 Paare im Jahr 2005 abgenommen.

Aufgrund dieser Entwicklung kann bei einer stärkeren Bejagung oder Vergrämung nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der Bestand und die Verbreitung der Art dadurch nicht nachteilig beeinflusst wird.

Karl-Martin Hentschel und Fraktion